

Der Reichstag über Zensur und Belagerungszustand.

32. Sitzung, 18. Januar 1916.

Aussprache über die Zensur.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Herr Viktorius Gerstenberger schildert gar kläglich die Not des Schriftleiters einer kleinen Provinzzeitung, wenn er unter die Präventivzensur gerate. Und das Verbot einer Zeitung wirkt ganz besonders niederträchtig dann, wenn es kurz vor Erscheinen erfolge, also wenn alles fix und fertig sei. Darüber, ob solche Bosheit nur der „gutgesinnten“ oder auch der III liberalen Presse im Lande der Würzburger „Glöckle“ gegenüber unzulässig sein soll, äußert er sich nicht. Ganz verbieten will er die Zensur nicht, es sei nun einmal Krieg; aber vielleicht sei ein Vermittlungsvorschlag, das Erscheinen von Zeitungen, diesseits wie beim Feind, im Interesse der Ablüftung der Gemüter überhaupt einmal auf vier Wochen zu verbieten. Fischbed, Stresemann, Dertel, Heine schütten ihr Herz über Zensur und Belagerungszustand aus. Dr. Dertel hat einen üblen Stand. Einerseits ist ihm so ein bißchen Sabelherrschafft und Zensuriererei offenbar gar nicht unheimlich; andererseits hat man gerade auch seinem Blatt über mitgespielt. Er erzählt, wie man dessen Schriftleiter vors Standgericht habe schleppen wollen, und wie dieser selbe Schriftleiter sozusagen ständig „mit einem Fuß im Gefängnis stehe“. „Mit dem andern nogt er om Hungertuch, heißt es weiter“, meint Heine hinterdrein trocken und hat die Lacher auf seiner Seite. Auf eine besondere Höhe, man möchte nach Art und Gesichtskreis dieses hervorragenden Redners sagen auf klassische Höhe hebt sich die Aussprache, als Stresemann am Wort ist. Es ist eine in der Tat erschreckend lange Reihe von Ungeschicklichkeiten, Mißgriffen, Bächerlichkeiten und Rechtsbeugungen, die hier den für die Handhabung des Ausnahmezustandes verantwortlichen Stellen von der Tribüne des deutschen Reichstags aus vorgehalten werden. Freilich darf man, wie eingeschaltet sei, billig nicht vergessen, daß die mitgeteilten Fälle sich auf das ganze ausgebehnte Verwaltungsgebiet des Reiches verteilen und daß dabei für ihre besondere Tätigkeit nichtgeschulte Werkzeuge der Militärbehörden ohne Amtsüberlieferung an der Arbeit sind. Doch hat man unbedingt das Gefühl, daß die kalte Dusche dieser Rede ihre Wirkung tun wird und tun muß. Mit steigender Spannung lauschen Haus und Tribünen; das herkömmliche Summen der Privatgespräche ist verstummt. Ungewöhnlich energische Worte, wie man sie von nationalliberaler Seite selten gehört, fallen, als der Redner gegen die Zensurierung sogar von Reichstagsrednern seitens einzelner Generalkommandos sich vermahrt oder mit einem Streif des Reichstags droht für den Fall, daß man demnächst die Öffentlichkeit mit neuen Steuerentwürfen überumpeln wolle, ohne ihr ausgiebig Gelegenheit zu lassen, zu ihnen Stellung zu nehmen. Die Probleme des Deutschlands nach dem Frieden, des größeren Deutschlands, ziehen vorüber, und große Ausblicke auf unsere politische und wirtschaftliche Zukunft tun sich auf. Stresemann nimmt keinen Anstand, unserer Staatskunst die schweren Unterlassungsfünden vorzuhalten, die ihr in ihrem Verhalten zur Presse, insbesondere der Presse des Auslandes, aus der Zeit vor dem Kriege zur Last liegen; ihre Ursache sieht er in derselben staatsmännisch unhaltbaren Grundauffassung des Sachgebietes, die jetzt immer und immer wieder zu fasslicher Anwendung der stillen, der Regierung während des Krieges überlassenen Nachbefugnisse führt. Man spricht immer vom „Durchhalten“; der moralischen Kraft dazu sei es indessen keineswegs förderlich, wenn die öffentliche Meinung fortgesetzt unter einem dumpfen Druck stehe, — wenn man sie zu gängeln sucht, statt sie zu überzeugen. Statt vor jedem freien Wort zu erschrecken, solle unsere Geschäftsleitung lieber nicht auf jedes zuckerfüßige „Reuter“-Telegramm hereinfallen, das man uns in die Hände spiele, um uns auf Abwege zu locken. — Ähnliches, wenn auch nicht in vollem Umfang, wie für die Rede Stresemanns, gilt für die Heine's. Auch er ist ja ein glänzender Redner. Er legt die negative Ehrentafel fort, die jener und andere Vorredner für unsere politische Zeitung zusammengetragen, und manches Kraftwort entflieht dem Oebege seiner Zähne, ohne daß man darum behaupten könnte, er wisse den Ton des Parlaments nicht zu wahren. Literarischem Verständnis wird sein derber Einspruch gegen die auch schon von Stresemann gebührend gerügten Versuche, die Zensur sogar auf den Stil der ihr vorgelegten Manuskripte auszudehnen, durchaus willkommen sein. „Es geht nicht an, daß irgendbein Zufallsbanauße“ — er drückt sich noch härter aus — „sich anmaßt, die Ausdrucksweise von Männern, die vielleicht ihr ganzes Leben hindurch an der künstlerischen Gestaltung ihrer Sprache gearbeitet haben, verbessern zu wollen.“ Heine beendet seinen Kampf gegen mißbräuchliche und unkluge Anwendung der Ausnahmebefugnisse mit der Erklärung, daß andererseits auch er gegen Leute, die in Wort oder Schrift die Interessen des Vaterlandes in einer Bage, wie der unseren, fahrlässig oder bösen Willens preisgeben, die schärfsten Maßregeln durchaus angebracht finden würde. „Hört, hört!“ ruft er links. Wie eine Ratter fährt der Redner herum. Er hat die Reihlaute Viehnachts erkannt. „Jawohl, hört, hört!“ ruft er mit erhobener Stimme. „Wer unsere Niederlage will, dem soll werden, was ihm gebührt!“ — „Sie wollen also den Belagerungszustand? Sie sind kein Sozialdemokrat!“ Klingt es von drüben zurück, und ollerlei in dem Getöse, das einsetzt, Unverständliches schließt sich an. Das Unverständliche bringt Viehnacht einen Ordnungsruf ein. Heine aber wendet sich ab und fährt mit bezeichnender Betonung fort: „Ja, wer unsere Niederlage will! Es gibt auch solche — aber hoffentlich nur wenige!“ — „Als später Viehnacht — endlich! — aus dem Hause das Wort „Landesverräter“ an den Kopf geworfen wird, siegelt der zurück, der Zuruf sei ihm immer noch lieber, als der Beifall, der anderen Sozialdemokraten hier gespendet worden sei. Nun hat Heine seinen Teil. Und Koske für die „Baralong“-Verhandlung nachträglich auch!

Abg. Gerstenberger (3): In Bayern haben wir eine viel braver Sozialdemokratie, die viel Ansehen genießt und sich einer Freiheit erfreut, deren sich die anderen Parteien selber nicht erfreuen. Auch in Berlin wird die Sozialdemokratie nicht zu arg beaugapfelt. Nach Mitteilungen im Ausschuß gibt es keine Stufe der Bestrafung, die nicht die „Deutsche Tageszeitung“ schon durchgemacht hat. (Heiterkeit.) Zurzeit ist der Angreifer im Vorteil. Erwiderungen, wenn man angerannt wird, gestattet die Zensur nicht. Unter dem Burgfrieden muß man sich also hauen lassen und darf sich nicht wehren. Ueber die Notwendigkeit der Freigabe der Kriegszielerörterung sind verschiedene Auffassungen möglich. Kleine Streitigkeiten hören noch nicht den inneren Frieden. Besonders verhängnisvoll wirkt die Präventivzensur. Auch die Bestimmung, daß keine weißen Flächen bleiben dürfen, stört den technischen Betrieb außerordentlich. Die Zeitungen haben sich große Verdienste erworben. Und nun geht man so rücksichtslos vor. Trotzdem lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag auf Beilegung der Zensur ab. Denn wir stehen immer noch in der Mobilmachung, weil dauernd Truppenverchiebungen stattfinden. Am besten wäre es, alle Zeitungen einmal auf vier Wochen zu verbieten. (Heiterkeit.) Nicht bloß in Deutschland, sondern in allen kriegführenden Ländern. (Sehr gut!) Dann hätten wir bald den Frieden. Die deutsche Presse übertrifft die Presse aller Länder an Sachlichkeit, Ehrlichkeit, Gründlichkeit und Unbestechlichkeit. (Beifall.)

Abg. Fischbed (Fortshr. Sp.): Der dauernde Belagerungszustand ist unhaltbar. Das bezeugt auch der Senatspräsident Strub. Es ist höchste Zeit, Verbesserungen eintreten zu lassen, denn glatt aufheben lassen sich die Bestimmungen über den Kriegszustand nicht. Unsere Presse hat sich glänzend bewährt. Leider beweist die Zensur oft sehr geringe Einsicht. Der Stil eines Schriftleiters ist vom Zensur verbessert worden, Zitate sind umgeändert worden. Ein Mann durfte nicht angegriffen werden, weil er das Eisene Kreuz bekommen hat. (Heiterkeit.) Der Zensur will die Zeitungen sogar zwingen, bestimmte Artikel zu bringen. Die Zensur ist aber auch ungleichmäßig und ungerecht. In ganz Süddeutschland besteht die Präventivzensur für die Fachpresse. Die größten Eroberungspläne konnten entwickelt werden, eine Antwort aber wurde verboten. Ins einzelne gehende Erörterungen der Friedensziele sind noch nicht am Plage. Wie kann man wegen eines Vergehens gleich eine Zeitung verbieten. Die dafür verantwortlichen Männer sind sich wohl kaum der Folgen ihrer Handlung bewußt. Durch ein Verbot einer hiesigen Zeitung wurden die wildesten Gerüchte heraufbeschworen. Unter solcher Beunruhigung leidet die Stimmung. Deshalb muß für größere Sachverständigkeit der Zensurbehörden gesorgt werden. Die Verletzung des Briefgeheimnisses widerspricht dem Rechtsgeanken, zumal wenn man sie bei ehrenwerten Leuten, Alldutschen oder Passifisten, mit Spionageverdacht erklärt. Auf dem Gebiete der Lichtspielüberwachung ist es nicht besser. Innerpolitischer Gedankenaustausch soll scheinbar einer Kirchhofstraße weichen. Sogar Beurteilung von Bankausweisen ist verboten worden. End wir denn in Krähwinkel? Die Zensur kommt da leicht in den Verdacht privater Sachwaltung. Selbst der Berliner kommunale Nachrichtenendienst ist unter Vorprüfung gestellt worden. (Unerhört!)

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Der Vertreter des preussischen Ministers v. Boeckell hat im Ausschuß die Zuständigkeit des Reichstags bestritten, sich mit den vobellischen Preherlassen zu beschäftigen. Diese Auffassung vermag ich in keiner Weise zu teilen. Als Zweck der Erlasse war die Beeinflussung zur Zeit der Wahlen hingestellt. Hat denn Herr v. Boeckell nur an preussische Landtagswahlen gedacht. Das preussische Landtagswahlrecht ist ja so „ideal“ (Heiterkeit links), daß man da eine Beeinflussung durch den Minister gar nicht braucht. Man kann also annehmen, daß es sich um Reichstagswahlen handeln sollte. Der Herr Reichstagssekretär hat geäußert, daß er, wenn nötig, geneigt sein würde, sein künftiges Steuerprogramm vor den Wählern persönlich zu vertreten. Ich würde das als einen Fortschritt in unserem gelamten politischen Leben begrüßen. Das deutsche Volk liebt starke Persönlichkeiten. Es würde in dem Umstände, daß Minister in Volksversammlungen für ihr Programm kämpfen, nichts sehen, was zu beanstanden wäre, sondern dem zustimmen.

Etwas anderes aber ist es mit dem Erlaß des Herrn v. Boeckell. Das ist nicht der offene Kampf im Parlament, sondern es ist eine neue Art von Offizientum, das auf dem Zwange beruht. Wir wenden uns vor allen Dingen dagegen, daß man zur Durchführung eines solchen Gedankens, der der Pressefreiheit widerspricht, die Zeit benützt, in der die Presse selbst und die Parteien durch die Verhältnisse der Zensur nicht in der Lage sind, Widerspruch zu erheben. Dann die

Handhabung der Zensur

selbst. Es ist wirklich schwer, keine Satire zu schreiben. Gewiß ist es auch schwer, sein Amt als Zensur auszuüben, ohne Ungeschicklichkeiten zu begehen. Was wir aber bekämpfen, das sind nicht Ungeschicklichkeiten und Entgleisungen, das ist schon ein ganzes System einer völlig irrigen Auffassung dessen, was mit der Zensur erreicht werden soll. (Sehr richtig! links.) Ich schließe mich vollständig dem an, was Herr Fischbed erklärt hat: Die Zensur in den Dienst von Privatinteressen zu stellen, einer Bank den Schutz gegen eine Kritik ihrer Bilanz zu geben, ist das Tolleste, was ich mir vorstellen kann in bezug auf eine völlige Verkennung des Wesens der Zensur. Nicht anders steht es mit dem Gedanken, die Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit einer Organisation Berlins und der Vororte unter Zensur zu stellen. Dafür aber kein Wort zu hart ist, ist die Annahme, die sich einige Herren erlauben, hier die

Reichstagsverhandlungen unter Zensur

nehmen zu wollen. (Beifall.) Wir hören auf, ein beachtenswertes Parlament zu sein, wenn wir hier noch von der einzigen Tribüne, von der man frei sprechen kann, unter die Luftpist eines stellvertretenden Generalkommandos gestellt werden können. (Sehr gut!) Das müssen wir uns verbitten und müssen den Reichstagsler ersuchen, seinen Einfluß geltend zu machen, daß derartige Dinge unterbunden werden, die uns im Auslande viel mehr schaden als die schärfsten Reden, die hier gehalten werden. Wenn wir den Belagerungszustand nicht völlig aufheben wollen, so müssen wir davor geschützt sein, daß nicht solche Zustände bleiben, die hier mit vollem Recht kritisiert worden sind. Teilweise sind die Dinge ja

Bächerlichkeiten.

Wenn z. B. ein Zensur Oethe und Lenau umdichtet, dann mag er selber in dem Humor der Weltgeschichte fortleben. Fürnlichkeit wachsen sich aber manchmal zu einer völligen Unterbindung der freien Meinungsäußerung aus. Da wird von manchen Rednern verlangt, daß sie, um die Erlaubnis zum Sprechen zu erlangen,

den Wortlaut ihrer Ausführungen vorlegen. Damit schließen sie zunächst jeden wirklichen Redner von der Betätigung in der Öffentlichkeit aus, denn der wird natürlich nicht ein Manuskript vorlesen wollen, und der Geist tödlicher langer Weile wird über die Versammlungen ausgegossen.

Zwei Generalkommandos haben Jugendschriften als zu „gehaltlos“ verboten, patriotische Schriften, für die der Kronprinz Rupprecht von Bayern seinen Dank ausgesprochen und die der Prinz Eitel Friedrich dreimal nachbestellt hat. Professor Brunner, der an der Spitze einer Vereinigung zur Bekämpfung der Schundliteratur steht, hat Widerspruch erhoben, daß solche Jugendschriften verboten werden. Trotzdem ist das Verbot vom 7. Generalkommando nicht zurückgenommen worden. Hier herrscht reine Willkür. Die Herren bei der Zensur sind wahrhaftig nicht eingeseht worden, um den „Gehalt“ von Jugendschriften zu prüfen.

Anhänger der Anzeigenschriften.

ja sogar ihre Frauen sind mit der Briefsperrre belegt worden. Wenn Leute wie Rechtsanwalt Gladst davon betroffen werden, so ist es eine schwere geschäftliche Schädigung, wenn er Briefe erst mit vierzehntägiger Verspätung oder gar nicht erhält. So schränkt man die Erörterungen über die Kriegsziele nicht ein. Verboten wurden u. a. die „Deutsche Tageszeitung“, die „Tägliche Rundschau“, die „Post“. Die „Burgfriedenszeitung“ des Landtagsabgeordneten Baumeister ist unter Vorzensur gestellt. Die Bildemeisterische Broschüre der Arbeitervereine darf nicht mehr verbreitet werden. Geheimrat Kirdorf wollte am 1. April 1915 in den „Alldutschen Blättern“ eine Veröffentlichung bringen: Zu Bismarcks Geburtstag. Die „Lieberzeitung“ blieb stehen; dann kam aber ein weißer Strich, der bis zu Ende ging, und darunter stand „Emil Kirdorf“. Der Nationalliberalen Korrespondenz für die Rheinprovinz hat man verboten, das ostasiatische Problem wirtschaftlich zu erörtern. Als Generalfeldmarschall v. Hindenburg das prächtige Wort gesprochen hat: Nicht durchhalten, sondern siegen! und manches andere mit der ihm eigenen Frische sagte, ist sogar diese Unterredung, die einem Berichterstatter gewährt war, nachdem eine Zeitung sie abgedruckt hatte, den übrigen verboten worden. So etwas versteht man nicht. Ist denn überhaupt das Staatsinteresse bedroht, wenn in der Kriegszeit politische Fragen in größerem Maße erörtert werden? Ich bestreite das. So hat man sich den Begriff „Burgfrieden“ nicht gedacht. Unter Burgfrieden verstehe ich die gegenseitige Achtung der Parteien, daß jeder dem andern zugesteh, daß er das Vaterland ebenso liebt wie der andere (Sehr richtig!)

Der Weltkrieg ist überhaupt nur mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen. In dieser Art ist uns England ein Lehrmeister gewesen, wenn es auch zum Teil heuchlerisch-verbrecherisch gegen uns vorging, was wir nicht nachmachen wollen. Es kämpft gegen uns mit Nobel und Telegraphenbüros, mit Films und mit dem Kino. Hier liegen

große Veräumnisse der deutschen Diplomatie

vor. Schwer wiegt auch die Tatsache, daß man uns vor dem Kriege vielfach gegängelt hat, indem man uns aus den auswärtigen Presseäußerungen, die für uns zurechtgemacht wurden, nur die günstigen Stimmen hören ließ, nur solche Stimmen, die freundlich gegenüber Deutschland waren, so daß wir wie aus einem Traum aufschrauten, als wir auf einmal sahen, daß wir fast nur Haß, fast nur Reid, fast nur Begnerchaft selbst bis in die neutralen Länder hinein uns gegenüberstanden. Wie oft haben wir verlangt, daß unser ganzes Befandnis, und Botschafterwesen auf andere Grundlage gestellt werden müsse, daß bei jeder Botschaft ein Prehabtacht sein müsse. Man schätzt auch den Einfluß der öffentlichen Meinung innerhalb Deutschlands viel zu gering ein im Hinblick auf den Ausgang dieses Krieges. Unsere Sache kann ganz gut den frischen Windhauch der Kritik vertragen. Er ist besser als das Schweigen im Walde. Daß es uns in manchem schlecht geht, daß wir große Schwierigkeiten haben, daß die Blockade Englands in vielen Beziehungen wirkt, weiß das Ausland aus unseren Regierungsverfügungen so genau, daß man nichts zu verbergen braucht. Die Regierung sollte Hunderte von Leute zusammenberufen nach Berlin, die als Wanderredner hinausgehen ins Land und dem Volk nicht schönfärbisch sagen, es geht alles gut, sondern ihm sagen, es geht vieles nicht so, wie wir es wünschen, und daher ist es eure klare Pflicht und Schuldigkeit, all das auf euch zu nehmen, was sich aus dieser Lage ergibt. Das würde eine sehr große Wirkung haben. Wie ist es in andern Ländern? Lesen Sie die Kämpfe und Angriffe in England. Es steckt doch ein Gefühl der Stärke und Größe in dieser Offenheit. Die

öffentliche Erörterung der Steuerfragen,

die demnächst fällig ist, darf nicht verboten werden. Sonst würden wir den Antrag stellen, die Verhandlungen im Reichstag über die Steuern so lange auszusetzen, bis derartige unzulässige Eingriffe der Zensur in die freie Meinungsäußerung unterbleiben. (Sehr gut!)

Wir stehen vor der Erneuerung unserer ganzen deutschen Handelspolitik. Das muß völlig frei erörtert werden. Ich freue mich, daß das Buch des Kollegen Rammann über Mitteleuropa nicht auch der Zensur verfallen ist, denn eine Erörterung der Kriegsziele ist es im ausgeprochensten Maße, auch wenn er über dieses Buch allen Glanz der deutschen Sprache ausgegossen hat. Darüber aber müssen wir uns sicherlich vor Beendigung dieses Krieges klar sein, wohin wir wirtschaftlich gehen wollen. Für die glückliche Lösung dieses Problems ist es wichtiger, daß diejenigen, die darüber etwas zu sagen haben, in die Lage versetzt werden, dies zu tun, wenn auch durch die Unachtsamkeit eines einzelnen, der ja nicht das ganze deutsche Volk, sondern nur seine Meinung vertritt, einmal hier und da angestoßen werden sollte. Wenn ich nach dieser Richtung hin eine großzügigere Auffassung der Zensur erwarte, so möchte ich andererseits eine Verschärfung dahingehend fordern, daß unsere amtlichen Stellen mehr auf die

Reuter-Telegramme

achten, die der deutschen Presse zugänglich gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich kann die Empfindung nicht los werden, daß viele dieser Telegramme in usum delphini geradezu für den deutschen Gebrauch gefälscht wurden, um uns in eine falsche Auffassung der Dinge hineinzubringen. (Sehr richtig!) Dreimal hat „Reuter“ jetzt behauptet, daß alle in Rotterdam lagernden Waren im Werte von Hunderten von Millionen Mark durch das Entgegenkommen Englands frei nach den Vereinigten Staaten befördert werden dürfen. Wirkung: die deutschen Industriellen sind hocherfreut, wenden sich nach Rotterdam an die deutschen Spediture, an die Holland-Amerika-Linie und sagen: nun los, von uns liegen noch die und die Güter dort; wann werden sie auf den Weg gebracht? Natürlich werden sie erregt, wenn sie hören: „uns ist davon nichts bekannt“. Wirkung: noch größerer Bestimmismus und Verwirrung der geschäftlichen Dispositionen. Die Neutralen aber sagen: was wollen denn die Deutschen gegen die Engländer! Das ist doch großzügig gehandelt, daß Eng-